

Newsletter



Ein Angebot der Netzwerkstelle Jugenddelinquenz



22. September 2026



UMSICHTEN

Stiftung SPI
Lebenslagen, Vielfalt &
Stadtentwicklung





Liebe Leser:innen der UMSICHTEN,

wir freuen uns unglaublich Ihnen heute die 100. Ausgabe der Berliner UMSICHTEN, dem Newsletter zum Themengebiet der Kinder- und Jugenddelinquenz in Berlin zu präsentieren.

In dieser besonderen Jubiläumsausgabe bekommen Sie u.a. einen spannenden Einblick in die erste Zeit des Newsletters, dafür haben wir die Gründer:innen der Berliner UMSICHTEN, Jürgen Schendel und Konstanze Fritsch interviewt. Außerdem haben wir einige unserer Wegbegleiter:innen gefragt: Welche Herausforderung wird die Zusammenarbeit von Jugendhilfe, Polizei, Justiz und Schule in den nächsten fünf Jahren besonders prägen?

Dieses Mal haben wir eine ganz besondere Bücherverlosung, an der sich gleich sechs Verlage beteiligt haben: wir danken von Herzen unserem langjährigen Kooperationspartner, dem Nomos Verlag, sowie C.F. Müller, Beltz Juventa, Waxmann, utb und der DVJJ Schriftenreihe.

Seien Sie neugierig auf neue Titel und Publikationen, auf 100 Sekunden Zukunft, auf spannende Podcasts und interessante Veranstaltungen.

Was wären die UMSICHTEN ohne Sie - unsere Leser:innen? Egal wie lange Sie schon dabei sind, wir sagen DANKE für Ihr Interesse, für Ihr regelmäßiges wertschätzendes Feedback und für Ihr unermüdliches Engagement in all Ihren Arbeitsbereichen!

Auf die nächsten 100 :)!

Das Team der Netzwerkstelle Jugenddelinquenz
Redaktion UMSICHTEN

Heute mal mit Bildchen...



Netzwerkstelle 
Jugenddelinquenz



Neues aus...

- ...der Schule**
- 6 Deutsches Schulbarometer Lehrkräfte
- 6 bpb-Werkstatt: Drei Methoden für Videodrehs im Unterricht
- ...der Schule**
- 7 Berliner Konflikt- und Gewaltbarometer
- 7 Berlin reagiert auf das Gewaltbarometer
- ...der Jugendhilfe**
- 8 Miteinander e.V.: Leitfaden für den Umgang mit Rechtsextremismus in der Kinder- und Jugendhilfe
- ...der Justiz**
- 9 DVJJ: Gemeinsame Stellungnahme zum Anschlag im Umfeld des Christopher Street Day
- 9 Kompetenzzentrum KIND: Leitfaden für Kinderbeteiligung im Strafvollzug
- 10 ODIS Berlin: Datenanalyse zu kriminalitätsbelasteten Orten
- ...der Polizei**
- 10 K3VR: Forschungsprojekt zur kommunikativen Deeskalation abgeschlossen
- 10 Gutachten und Interview: Kriminologe Hefendehl zur Schließung des Görlitzer Parks
- ...der Polizei**
- 11 Violence as a Service (VaaS) : Neue Herausforderung für Fachkräfte
- ...anderen Bereichen**
- 12 Imb: Leitfaden zur Erstellung von Medienkonzepten für die Jugendarbeit
- 12 Bundesregierung plant Ausweitung der Befugnisse für Verfassungsschutz und Nachrichtendienste
- 13 Zur Jubiläumsausgabe haben wir einige unserer Wegbegleiter:innen gefragt: Welche Herausforderung wird die Zusammenarbeit von Jugendhilfe, Polizei, Justiz und Schule in den nächsten fünf Jahren besonders prägen?

100 Sekunden Zukunft

- 13 Welche Herausforderung wird die Zusammenarbeit von Jugendhilfe, Polizei, Justiz und Schule in den nächsten fünf Jahren besonders prägen?



Interview

- 14 Interview mit den Gründer:innen der UMSICHTEN: Jürgen Schendel und Konstanze Fritsch

Publikationen und Dokumentationen

- 18 BAG JuhiS/DVJJ: Arbeitshilfe zu Auskunftspflichten der Jugendhilfe im Strafverfahren
- 19 DBH-Fachverband: Jahresbericht 2025
- 19 Patricia Thoma: „Im Jugendarrest“ (Comic)
- 20 Fritsch, Konstanze; Schilling, Rüdiger (Hrsg.): DVJJ Schriftenreihe: Häuser des Jugendrechts
- 21 Drohsel, Fobian, Zimmermann (Hrsg.): Fachberatung gegen sexualisierte Gewalt
- 21 Fritsch, Konstanze, DVJJ Sprecher*innenrat der BAG (Hrsg.): Fallkonferenzen im Jugendstrafrecht; Wenn schon, dann richtig!
- 22 Kläsener; Schone; Tenhaken (Hrsg.): Kinderschutz in Einrichtungen und Diensten der Sozialen Arbeit
- 22 Wendt, Peter-Ulrich: Methoden der Sozialen Arbeit
- 23 Rimmele; Spatscheck: Beziehungen in der Sozialen Arbeit lebendig gestalten
- 23 Lohrmann, Leon: Häuser des Jugendrechts
- 24 Schroth/Schroth: Die Rechte des Verletzten im Strafprozess
- 24 Schwind/Schwind: Kriminologie und Kriminalpolitik. Eine praxisorientierte Einführung mit Beispielen

Umgehört

- 25 Scheiße gebaut?! Der Jugendrecht Podcast
- 25 ARD Sounds: Radioreport Recht
- 25 Systemsprenger- Der Podcast

Veranstaltungen und Termine

- 26 HateAid: Aktionstag "Online nicht allein: Vernetzt gegen digitale Gewalt und Desinformation"
- 26 BAG-S: Bundestagung „200 Jahre Straffälligenhilfe: Engagement für Wiedereingliederung und neue Perspektiven“

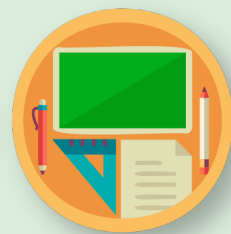


- 27 LIFE Bildung Umwelt Chancengleichheit e.V.: Fortbildung „Rassistischer Diskriminierung in Schule wirksam entgegenwirken“
- 28 Beltz Akademie: Traumapädagogik: Professionelle Beziehungsgestaltung mit biografisch belasteten Kindern und Jugendlichen
- 28 Beltz Akademie: Sicher handeln im Umgang mit Social Media, KI & Co. in der Kinder- und Jugendhilfe

Redaktionsschluss

- 29 Redaktionsschluss

Neues aus...



...der Schule

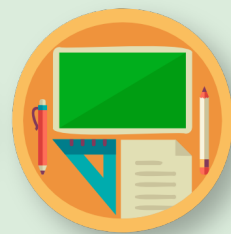
Deutsches Schulbarometer Lehrkräfte

Die Robert Bosch Stiftung GmbH veröffentlichte im Juni die repräsentative Studie das „Deutsche Schulbarometer Lehrkräfte 2026“. Demnach würde das Verhalten von Schüler:innen für fast jede zweite Lehrkraft (46 Prozent) die größte berufliche Belastung darstellen, ein Wert, der in den letzten Jahren kontinuierlich leicht gestiegen ist (2024: 35%, 2025: 42%). Rund jede zweite Lehrkraft wünsche sich mehr Einsatz für die Demokratiebildung an ihrer Schule, denn viele Lehrkräfte seien unsicher, wie sie im Unterricht mit politischen Meinungen umgehen sollen. Auch der Einsatz von KI habe sich innerhalb eines Jahres verdoppelt, der Wunsch nach Unterstützung bleibe weiterhin groß. Für Lehrkräfte in Deutschland wird es immer schwieriger, eine gute Lernatmosphäre im Klassenzimmer zu schaffen. Die aktuelle Befragung unter Lehrkräften folgt auf die im März veröffentlichte Ausgabe, in der Schüler:innen zu Wort kamen.

bpb-Werkstatt: Drei Methoden für Videodreh im Unterricht

Die Bundeszentrale für politische Bildung veröffentlichte in ihrer Reihe „Reels der Werkstatt“ ein rund zweiminütiges Video mit dem Titel „Werkstatt-How-To: Drei Methoden für Videodreh im Unterricht“. Das Video zeigt drei Methoden, wie Lehrkräfte Videodreh in den Unterricht einbauen können: einen Recap-Trailer, in dem Schüler:innen zentrale Unterrichtsinhalte wie in einem Filmtrailer inszenieren, Erklärvideos zu Fachbegriffen, etwa als Talking-Head, Stop-Motion oder Präsentation mit Voice-Over, und einen Nachrichtenbeitrag, der die letzte Unterrichtsstunde als Nachrichtensendung zusammenfasst. Für die Erklärvideos verweist die Reihe zusätzlich auf das Filmglossar von kinofenster.de als Hilfsmittel.

Neues aus...



...der Schule

Berliner Konflikt- und Gewaltbarometer

Das Institut für Demoskopie Allensbach hat zwischen November 2025 und Januar 2026 über 14.000 Schüler:innen und 2.500 Lehrkräfte an Berliner Schulen zu Gewalt und Konflikten befragt. Mit dem [Berliner Konflikt- und Gewaltbarometer](#) liegen erstmals repräsentative Daten zu Konflikten und Gewalt an öffentlichen Berliner Schulen vor. Die Mehrheit des pädagogischen Personals nehme Gewalt unter Schüler:innen als großes Problem wahr, besonders an Grundschulen und Gemeinschaftsschulen. 61 % der Lehrkräfte beobachteten eine Zunahme seit der Pandemie. Schüler:innen berichteten häufig von verbaler, sozialer und körperlicher Gewalt, wobei diskriminierende Vorfälle für betroffene Gruppen besonders relevant seien.

Berlin reagiert auf das Gewaltbarometer

Als Reaktion auf die Ergebnisse des Berliner Konflikt- und Gewaltbarometers hat die Senatorin für Bildung, Jugend und Familie, Katharina Günther-

Wünsch, gemeinsam mit dem Psychologen Ahmad Mansour am 03.09.2026 [13 Maßnahmen gegen Gewalt an Berliner Schulen](#) vorgestellt. Prävention solle früher greifen, klare Regeln und verbindliche Reaktionen auf Gewalt seien geplant. Religiöser Konformitätsdruck werde ausdrücklich adressiert. Die 13 Maßnahmen lauten:

1. Früh eingreifen – schon in der Grundschule;
2. Prävention muss wirken – nicht nur stattfinden;
3. Hilfe muss auch digital erreichbar sein;
4. Probleme ansprechen, bevor sie eskalieren;
5. An Berliner Schulen gelten die Regeln der Schule – und nur die;
6. Antisemitismus, Extremismus und religiösem Druck gezielt begegnen;
7. Hochkomplexe Fälle brauchen intensive Hilfe;
8. Prävention wird gemeinsam organisiert;
9. Gleicher Vorfall – gleiche klare Reaktion;
10. Kein schwerer Gewaltvorfall darf verloren gehen;
11. Schulen bekommen Rückendeckung bei schwierigen Fällen;
12. Schulabsentismus: verbindlich handeln statt laufen lassen und
13. Wer Gewalt ausübt, muss mit klaren Konsequenzen rechnen.

Die ausführlichen Erklärungen zu den einzelnen Punkten können Sie [hier](#) nachlesen.

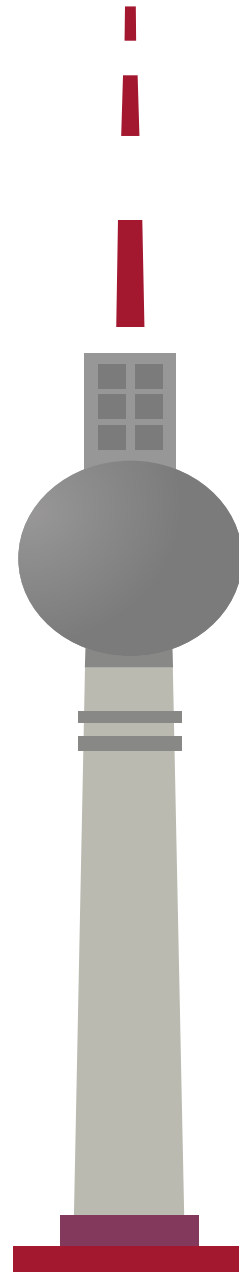
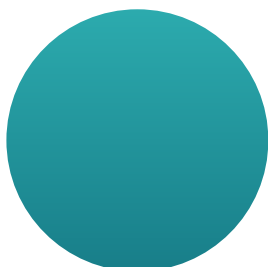


...der Jugendhilfe

Miteinander e.V.: Leitfaden für den Umgang mit Rechtsextremismus in der Kinder- und Jugendhilfe

Der Verein Miteinander e.V. veröffentlichte am 18. August 2026 in Kooperation mit der Kompetenzstelle Eltern und Rechtsextremismus (KER) einen Leitfaden für den Umgang mit Rechtsextremismus in der Kinder- und Jugendhilfe, gefördert vom Land Sachsen-Anhalt und dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“.

Der Leitfaden zeigt Schritt für Schritt, wie Fachkräfte bei rechtsextremen Vorfällen unmittelbar reagieren können: Dokumentation, Gespräche mit Betroffenen, auslösenden Personen und Eltern, Einbezug externer Stellen. Zudem verweist er auf den gesetzlichen Auftrag nach SGB VIII und betont, dass Neutralität keine Wertefreiheit bedeutet. Laut Leitfaden müssen sich Fachkräfte klar gegen menschenfeindliche Positionen positionieren. Ergänzend stellt er Ansätze gelingender Präventionsarbeit vor, etwa politische Bildung, Vernetzung im Sozialraum und eine demokratische Einrichtungskultur.





...der Justiz

DVJJ: Gemeinsame Stellungnahme zum Anschlag im Umfeld des Christopher Street Day

Die Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V. (DVJJ) veröffentlichte am 27. Juli 2026 gemeinsam mit ihrer BAG Justiz und Anwaltschaft sowie ihrer BAG Polizei eine [Stellungnahme zum tödlichen Angriff im Umfeld des Berliner Christopher Street Day](#). Die Tat selbst liegt inzwischen eine Weile zurück, die fachliche Einordnung der DVJJ bleibt jedoch hochaktuell.

Die DVJJ stellt klar, dass die Entscheidung über die Bewährung des Tatverdächtigen im Mai lediglich zurückgestellt wurde (Vorbewährung), ein im Jugendstrafrecht übliches Instrument. Sie kritisiert öffentliche Äußerungen von Amtsträger:innen, die diese Entscheidung als „nicht nachvollziehbar“ bezeichnet hatten. Aus dem Einzelfall dürfen keine pauschalen Forderungen nach einer Verschärfung des Jugendstrafrechts abgeleitet werden. Notwendig seien stattdessen verlässlich finanzierte Jugendhilfe, Bewährungshilfe, Radikalisierungsprävention und ausreichend Fachpersonal bei Polizei, Justiz und Jugendhilfe.

Kompetenzzentrum KIND: Leitfaden für Kinderbeteiligung im Strafvollzug

Das niederländische Kompetenzzentrum KIND veröffentlichte im Rahmen des dreijährigen EU-Projekts „Our Stories Matter“ gemeinsam mit den Konsortialpartnern den Leitfaden „Getting Started with Child Participation in Prison“ für den Strafvollzug. Der DBH-Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik [berichtet](#) auf seiner Website darüber.

Der Leitfaden richtet sich an Gefängnispersonal, politische Entscheidungsträger:innen und Führungskräfte und besteht aus einer Prozessbeschreibung zur Verankerung von Kinderbeteiligung in Politik, Überwachung und Evaluation, einem Überblick über altersgerechte Evaluationsmethoden, Checklisten zur strukturellen Verankerung sowie Arbeitsblättern für den Haftalltag. Die Beteiligung von Kindern inhaftierter Eltern trage dazu bei, dass Richtlinien besser auf deren Bedürfnisse und Rechte abgestimmt würden; die Leitlinien selbst basieren auf Forschung, Praxiserfahrungen und Beiträgen der Kinder.





...der Polizei

K3VR: Forschungsprojekt zur kommunikativen Deeskalation abgeschlossen

Der Informationsdienst Wissenschaft (idw-online) veröffentlichte eine Pressemitteilung zum Abschluss des vom Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt geförderten Forschungsprojekts K3VR („Krisen und Konflikte durch Kommunikation deeskalieren“). Die Akkon Hochschule für Humanwissenschaften stellte die Ergebnisse gemeinsam mit dem Fraunhofer Heinrich-Hertz-Institut und der Aspekteins GmbH auf der Abschlussveranstaltung am 29. Juni 2026 vor. Im Mittelpunkt stand die Analyse von Kommunikationsprozessen zwischen Polizeivollzugsbeamten:innen und Bürger:innen. Das Forschungsteam identifizierte Kommunikationsmuster, die Eskalation oder Deeskalation beeinflussen, ergänzt durch Interviews, eine Bevölkerungsbefragung, ein VR-Experiment und KI-gestützte Sensorauswertung unbewusster Körperreaktionen. Die identifizierten Muster integrierte das Team in einen VR-Demonstrator für Trainings. Projektleiter Prof. Dr. Andreas Bock sehe darin eine Grundlage, um Deeskalationskompetenzen künftig gezielter zu erforschen und zu vermitteln.

ODIS Berlin: Datenanalyse zu kriminalitätsbelasteten Orten

Die Open Data Informationsstelle (ODIS) der Technologiestiftung Berlin veröffentlichte einen Blogbeitrag zu den sogenannten kriminalitätsbelasteten Orten (kbO) in Berlin. Grundlage waren die Anfang 2026 erstmals von der Polizei Berlin veröffentlichten Lagekarten der sieben aktuell eingestuften Zonen.

ODIS wertete die offenen Datensätze zu den kbOs aus: Die Fallzahlen sind an den meisten Orten rückläufig, für die Rigaer Straße lässt sich die Einstufung anhand der Daten jedoch nicht nachvollziehen. ODIS weist zudem auf methodische Ver-

zerrungen der Kriminalstatistik hin, etwa durch die Bezugsgröße Einwohnerdichte. Kritiker:innen bezeichnen die mit dem kbO-Status verbundenen anlasslosen Kontrollen als Vorschub für Racial Profiling; die Befürchtung sei, dass Menschen verstärkt aufgrund ihrer Herkunft oder Hautfarbe kontrolliert würden.

Gutachten und Interview: Kriminologe Hefendehl zur Schließung des Görlitzer Parks

Prof. Dr. Roland Hefendehl vom Institut für Kriminologie und Wirtschaftsstrafrecht der Universität Freiburg legte am 29. April 2026 im Verwaltungsverfahren zur nächtlichen Schließung des Görlitzer Parks ein Gutachten vor. Die Initiative gegen die Schließung und ihr Anwalt David Werdermann hatten ihn damit beauftragt zu prüfen, ob der Park die rechtlichen Voraussetzungen eines „kriminalitätsbelasteten Ortes“ (kbO) nach § 17a ASOG Bln erfüllt. Die Tageszeitung „nd“ veröffentlichte am 16. Juli 2026 zusätzlich ein Interview von Jule Meier mit Hefendehl zum Thema.

Hefendehl kommt in seinem Gutachten zu dem Schluss, dass die vom Senat vorgelegten Daten die rechtlichen Voraussetzungen für die Einstufung als kbO nicht erfüllen; unter anderem seien die vorgelegten Fallzahlen von früheren Senatsangaben abgewichen. Kriminologisch verweise er auf mögliche Selbstbestätigungseffekte durch verstärkte Polizeipräsenz (sogenanntes Lüchow-Dannenberg-Syndrom) sowie einen politisch-publizistischen Verstärkerkreislauf zwischen Medienberichten und politischen Maßnahmen. Nach der bereits erfolgten Schließung lasse sich der erforderliche Nachweis eines kbO in den Nachtstunden nicht mehr führen.

Im Interview bezeichne Hefendehl die vom Senat vorgelegten Zahlen als „schlicht belanglos“ für den Nachweis eines kbO. Der Senat sei unterkomplex und fehlerhaft vorgegangen; die zeitweilige Schließung sei daher rechtswidrig gewesen und wäre es bei einer erneuten Schließung wieder. Kriminologisch handle es sich um eine Maßnahme der situativen Kriminalprävention, die die Ursachen ausblende und das Risiko berge, Probleme in angrenzende Kieze zu verdrängen.



...der Polizei

Violence as a Service (VaaS) : Neue Herausforderung für Fachkräfte

Das Landeskriminalamt NRW publizierte [Hinweise](#) zu „Violence as a Service“: Kriminelle Netzwerke könnten gezielt junge, leicht beeinflussbare Personen über soziale Medien rekrutieren, um Gewalttaten als Dienstleistung ausführen zu lassen. Die Auftraggeber:innen blieben dabei im Hintergrund. Die Anwerbung und Tatausführung erfolge oft innerhalb weniger Stunden. Fachpersonen aus Jugendhilfe, Polizei, Schule und Justiz erhalten Präventionshinweise zur frühen Erkennung. Dabei beschreibt das Landeskriminalamt NRW den Modus Operandi von „Violence as a Service“: Warnsignale, auf die man bei den Jugendlichen achten könnte, seien Geld, dass ihnen plötzlich zur Verfügung stehe, ein neuer unbekannter Freundeskreis auch mit älteren Jugendlichen und Rückzug des jungen Menschen. Fachkräfte sollten präsent bleiben und frühzeitig Hilfe suchen.



...anderen Bereichen

Imb: Leitfaden zur Erstellung von Medienkonzepten für die Jugendarbeit

Der Landesfachverband Medienbildung Brandenburg e.V. (Imb) veröffentlichte im Rahmen des Projekts jumbl einen Leitfaden zur Erstellung von Medienkonzepten für Einrichtungen der außerschulischen Jugendarbeit.

Der Leitfaden unterstützt Träger und Einrichtungen dabei, ein individuelles Medienkonzept zu entwickeln, das Rahmenbedingungen, Ressourcen, Erwartungen und Bedarfe berücksichtigt. Er enthält Arbeitspakete, handlungsleitende Fragen, Formulierungsvorschläge und Praxisbeispiele und richtet sich an Fachkräfte, Leitungspersonen und Träger, die ihre medienpädagogische Arbeit strategisch weiterentwickeln möchten. Ein Medienkonzept hält laut Leitfaden die personelle Verankerung, Struktur und Ziele der medienpädagogischen Arbeit fest und benennt gesetzliche sowie allgemeine Regeln für die Umsetzung.

Bundesregierung plant Ausweitung der Befugnisse für Verfassungsschutz und Nachrichtendienste

Die Bundesregierung plant eine Erweiterung der Befugnisse für Verfassungsschutz und Nachrichtendienste, die über den verfassungsmäßigen Rahmen hinausgehe. Geplant sei auch der Einsatz von Jugendlichen ab 16 Jahren als V-Leute. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz e.V. (BAJ) warnt in einer Stellungnahme davor, Minderjährige ab 16 Jahren als Vertrauenspersonen (V-Leute) einzusetzen. Die Bundesregierung argumentiere damit, dass gerade in der rechtsextremistischen Szene Jugendliche aktiv seien, die man gut mit Jugendlichen beobachten könne. Damit bestehe aus kinderrechtlicher Sicht das Risiko für eine Kindeswohlgefährdung der rekrutierten Jugendlichen. Minderjährige, die in extremistische oder terroristische Strukturen geraten, benötigen Schutz, Distanzierungs- und Ausstiegshilfen sowie eine verlässliche psychosoziale und pädagogische Begleitung. Kritiker:innen bemängelten zudem, dass die Gesetzentwürfe demokratische und menschenrechtliche Prinzipien gefährden und das Trennungsgebot zwischen Nachrichtendiensten und Polizei aufheben.



100 Sekunden Zukunft

Zur Jubiläumsausgabe haben wir einige unserer Wegbegleiter:innen gefragt: Welche Herausforderung wird die Zusammenarbeit von Jugendhilfe, Polizei, Justiz und Schule in den nächsten fünf Jahren besonders prägen?

„Die größte Herausforderung wird sein, auf die zunehmende Komplexität jugendlicher Problemlagen mit einer ebenso verlässlichen wie schnellen Zusammenarbeit zu reagieren. Psychische Belastungen, soziale Isolation, digitale Lebenswelten und Gewaltphänomene überschreiten die Grenzen einzelner Zuständigkeiten. Jugendhilfe, Schule, Polizei und Justiz werden nur dann wirksam handeln können, wenn Informationen rechtzeitig ausgetauscht, Verantwortlichkeiten klar wahrgenommen und Hilfen konsequent mit rechtsstaatlichen Reaktionen verbunden werden. Entscheidend bleibt dabei der gemeinsame Blick auf den jungen Menschen: Ziel muss sein, Entwicklungschancen zu eröffnen, ohne notwendige Grenzen und Verantwortung aus dem Blick zu verlieren.“ – Richter am Berliner Amtsgericht

„In der Hoffnung, dass der Fachkräftemangel aufgrund sinkender Schüler:innenzahlen etwas abgemildert wird, gehen wir davon aus, dass eine der größten Herausforderungen in der Zusammenarbeit darin bestehen wird, verhaltensauffälligen und systemherausfordernden Kindern und Jugendlichen eine adäquate und fachgerechte Betreuung zu bieten, um Risiken frühzeitig zu erkennen und eine rechtzeitige Intervention zu ermöglichen. Ein professioneller Informationsaustausch, frühe Präventionsansätze und gut funktionierende Netzwerke sind hierfür wichtig. Gegenüber steht jedoch die Notwendigkeit, den Datenschutz mit einem wirksamen Kinderschutz in Einklang zu bringen – eine Herausforderung, die auch zukünftig bestehen bleiben wird.“ – Marina Heling (Polizei Berlin | Landespolizeidirektion – Stab 133 | Prävention/Jugend und Diversion)

„Aus meiner Sicht wird die größte Herausforderung der nächsten fünf Jahre darin bestehen, unter zunehmendem Sparzwang in der Jugendhilfe die Rechte, Beteiligung und Unterstützung junger Menschen zu sichern. Die Angebote und Leistungen für diese Gruppe werden stark eingeschränkt werden. Deswegen wird der Druck auf Schulen, Jugendämter, Polizei und Justiz steigen, Fälle standardisierter zu bearbeiten, weil weniger individuelle Möglichkeiten zur Verfügung stehen. Die Gefahr besteht, dass Hilfebedarfe übersehen werden und Betroffene weniger Gehör finden. Der Erziehungsgedanke des Jugendstrafrechts funktioniert aber nur, wenn erzieherische Maßnahmen tatsächlich verfügbar sind. Deshalb wird es entscheidend sein, dass die Systeme konsequent ihre Fachkompetenz in den Mittelpunkt ihres Handelns stellen und die der anderen Systeme einfordern. Nur so stärken wir die einzelnen notwendigen Fachsparten.“ – Konstanze Fritsch, Vorsitzende DVJJ Berlin, Geschäftsführerin BRJ e.V.

„Zum Jubiläum der 100. Ausgabe der Berliner Umsichten gilt der Netzwerkstelle Jugenddelinquenz der Stiftung SPI unser ausdrücklicher Dank für die wichtige fachliche Begleitung und Unterstützung beim Aufbau und der Implementierung der Präventions- und Interventionsteams Delinquenz (PITD) in den Berliner Jugendämtern. Mit den PITD wurde ein bedeutsamer Paradigmenwechsel vollzogen: Sozialpädagogische Hilfen für delinquenzgefährdete junge Menschen werden wieder unmittelbar aus dem Jugendamt heraus erbracht. Die aufsuchende, niedrigschwellige und lebensweltorientierte Arbeit stärkt Prävention und eröffnet frühzeitig individuelle Perspektiven. Die PITD sollen in Zukunft verstetigt werden und zu einer vorausschauenden sowie präventiven Kinder- und Jugendhilfe beitragen, die junge Menschen früh erreicht, Potenziale stärkt und gemeinsam Wege in eine selbstbestimmte und positive Zukunft eröffnet.“ – Kerstin Bernauer und Patrick Stolpmann, Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie



Interview

Interview mit den Gründer:innen der UMSICHTEN: Jürgen Schendel und Konstanze Fritsch

Wir haben gefragt: Vor 100 Ausgaben und 19 Jahren (Mitte 2007) habt ihr den NL, die Berliner UMSICHTEN ins Leben gerufen. Was war damals der Auslöser und welche Lücke wolltet ihr schließen?

JS: Auslöser war die Feststellung, dass unsere Kooperationspartner:innen zu wenig voneinander und zum Thema Kinder- und Jugenddelinquenzprävention wussten und wir für mehr Informationstransparenz sorgen wollten. Dann haben wir einen Antrag bei der damaligen Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport gestellt und eine Extraförderung bekommen.

KF: Danach haben wir uns Gedanken gemacht wie es heißen soll und da der Hospitationsleitfaden „Einsichten“ und die Infoblätter „Durchsichten“ hieß, wollten wir gerne wieder etwas mit „-sichten“ und so wurde der Newsletter als die „Umsichten“ ins Leben gerufen.

Wenn man so einen Newsletter ganz frisch auf der grünen Wiese aufsetzt, was waren dabei eure größten Herausforderungen?

KF: Man muss auf der einen Seite interessierte Personen finden, die den Newsletter lesen wollen, aber auf der anderen Seite auch Personen mit Informationen haben, die die anderen wissen wollen. Das ist bei der Flut an Newslettern, die es auch schon 2007 gegeben hat, keine Selbstverständlichkeit.

JS: Wir haben viele Nachrichten aber auch selbst recherchiert und hatten unsere fixen Quellen.

KF: Außerdem hatten wir auch noch Informationen aus den verschiedenen Protokollen der Gre-

mien, welche Themen gerade aktuell sind. Man guckt dann auch sehr viel stringenter auf bestimmte Informationen, filtert und strukturiert sie, ob sie für den Newsletter, ein Infoblatt oder für andere relevant sind.

Ihr habt euch dann euren eigenen Filter aufgebaut?

KF: Man muss sich zuerst einmal Gedanken darüber machen, was man eigentlich will, welche Inhalte in den Newsletter sollen.

JS: Wir haben damals schon so eine thematische Aufteilung wie heute gehabt mit „Neues aus der...“, sowie die Veranstaltungen und Publikationen. Die Nachrichten sollten einen direkten Bezug zu Kinder- und Jugenddelinquenz haben.

KF: Und berlinspezifisch sein!

Welche Vision hattet ihr, als ihr den Newsletter gegründet habt?

KF: Das Spannungsfeld bei dem Thema ist ja immer, dass sich die Leute vernetzen und wissen sollen, was die anderen machen. Gleichzeitig wollen wir ja keine Perspektivübernahme und, dass die Institutionen in ihren Arbeitsbereichen bleiben. Rückblickend gab es ganz viel Intransparenz und Verwischungen an Grenzen. Es sind Informationen an Schnittstellen nicht geflossen, weil das Gefühl entstand, da passiert entweder nichts oder da weiß ich was nicht oder irgendwas machen die doch da. Diese Stellen galt es etwas aufzuhellen und dadurch gar nicht das Bedürfnis zu wecken, mehr zu machen als man darf, weil man Personen und Inhalte kennt. Das war der Anspruch. Und natürlich mit den vielen neu erschienenen Publikationen in dem Themenfeld und stattfindenden Veranstaltungen auch mehr Fortbildung bei den Kooperationspartner:innen zu ermöglichen.

JS: Was wir uns erhofft haben ist, das Projekt



Interview

bekannter zu machen und die Wahrnehmung zu stärken, dass wir Zugang zu Informationen aus anderen Arbeitsbereichen haben, die die Zielgruppe selber nicht haben. Das ist auch ein Teil des Markenzeichens.

KF: Auch um Doppelstrukturen zu vermeiden, sowohl bei den Trägern untereinander, aber auch über die Institutionen Jugendhilfe, Polizei, Schule und Justiz hinweg.

Hättet ihr euch vorstellen können, dass der Newsletter mal eine dreistellige Ausgabennummer haben wird?

KF: Ich habe darüber nicht nachgedacht. Man beschäftigt sich eher mit der Frage: „Wie lange gibt es das Projekt noch?“ und nicht „Schaffen wir den 100. Newsletter?“. Selbst damals waren wir uns nicht sicher, ob wir als Projekt die nächsten zwei Jahre schaffen. Wir haben jedes Jahr über Stellenanteile geredet und welche Mitarbeitenden ihre Stunden absenken, damit es mit der Zuwendung passt. Von „10 Jahre in die Zukunft denken“ waren wir sehr weit entfernt.

JS: Hätten wir so gedacht, hätten wir die 5 Ausgaben pro Jahr auf 20 Jahre hochrechnen müssen und das war damals unvorstellbar.

Ihr verfolgt die UMSICHTEN heute aus einer anderen Perspektive. Was freut oder überrascht euch besonders, wenn ihr die Entwicklung beobachtet?

JS: Eine optische und inhaltliche Professionalisierung. Damals hatten wir kleine Schrift, der Newsletter war unübersichtlicher. Es war eine andere Zeit.

KF: Noch kurze Zeit vorher haben wir die Protokolle von Arbeitskreisen nachts mit Rundsendegruppen per Fax verschickt, weil es dann billiger war...

JS: Wir haben auch Infoblätter kopiert und in Umschlägen persönlich in die zentrale Postverteilungsstelle beim LKA gebracht.

KF: Weil wir uns das Porto nicht leisten konnten. Damit war es eine Vorstufe vom Newsletter. Wir wollten, dass die Leute Informationen bekommen ohne eine Homepage oder einen Newsletter zu haben. Also machst du es per Fach. Der Newsletter war damit eine Technisierung des Anspruchs Wissen zu verteilen, der schon immer da war.

Welche Themen und Debatten rund um Kinder- und Jugenddelinquenz haben sich seit der Gründung des Newsletters aus eurer Sicht besonders verändert?

KF: Es gibt auf jeden Fall mehr Transparenz zwischen den Berufsgruppen, nicht mehr diese absoluten Schranken wie „mit denen reden wir nicht“. Genau im Gegenteil: an manchen Stellen reden die Berufsgruppen für mein Gefühl viel zu viel miteinander.

JS: Das passiert ja alles sukzessive. Ich erinnere mich an Streetwork, da gab es noch eine ganz andere Haltung bei allem, was Polizei betraf. Es gab auch viele Debatten um die Intensivtäter:innen und damit wurde extrem Politik gemacht.

KF: Die Themen verschieben sich natürlich immer, wenn neue Phänomene auftauchen. Aber es zieht sich so eine Art „Verstrenkung“ durch: weniger Spielraum, eher autoritäre Herangehensweisen, weniger gesamtpersonaler Blick auf Personen, so eine Law-and-Order-Mentalität. Ich würde immer noch sagen, die Polizei hat nicht die Aufgabe, Beziehungsarbeit zu machen. Aber das hat sich mit den Intensivtäterkommissariaten total verändert, weil es gar nicht anders ging. Wenn Tatverdächtige einmal in der Woche zu den gleichen Sachbearbeiter:innen kommen, dann entsteht Beziehung und das macht was mit beiden Seiten. Da ist dann bei



Interview

der Polizei etwas ganz Eigenes entstanden, was im Hinblick auf berufliche Qualifikation besonders schwierig ist.

JS: Das stimmt. In den Arbeitskreisen gab es auch die Rückmeldung von den Polizist:innen, dass sie die Klient:innen und deren Freunde und Familie kennen.

KF: Da hat sich viel im Berufsbild und dem eigenen Anspruch erzieherisch wirken zu wollen, verändert.

Gibt es einen Beitrag aus der Anfangszeit, an den ihr euch bis heute besonders erinnert, weil ihr darüber besonders diskutiert habt?

KF: Nein, denn der Newsletter selbst sollte immer zum Diskutieren anregen in diesem diskussionswürdigen Spannungsfeld. Heute würde man sagen: solange es sich im demokratischen Spektrum bewegt, war alles erlaubt.

JS: Die Entscheidung, was gelesen und im beruflichen Alltag umgesetzt wird, liegt immer beim Konsumenten bzw. der Konsumentin. Wir haben nur die Informationen zur Verfügung gestellt.

KF: Es gab nur die Diskussion darum, ob ein Thema spezifisch genug war, um in den Newsletter zu kommen. Ein kontroverses Thema hätten wir aber auch nicht einseitig abgebildet, sondern darauf hingewiesen, dass es dazu unterschiedliche Haltungen gibt.

JS: Wir hatten auch immer ein Schwerpunktthema, wie ein Projekt des Monats. Das gibt es ja heute auch noch.

Welche Mythen oder Missverständnisse über Kinder- und Jugenddelinquenz begegnen euch immer wieder und was wünscht ihr euch stattdessen für die öffentliche Debatte?

JS: Mein Arbeitsfeld bei der Programmagentur

Rechtskunde hat sich ja spezifiziert. Daher bekomme ich häufig aus der Schule genauso wie vor 20 Jahren zu hören, dass Jugenddelinquenz immer schlimmer wird. Auch dass von Schulen bei Problemen schnell die Polizei geholt wird, bevor alle pädagogischen Möglichkeiten ausgeschöpft sind.

Woher denkt ihr kommt das?

KF: Die beiden Institutionen sind in ihrer hierarchischen Struktur ähnlich aufgebaut. Jugendhilfe ist da an vielen Stellen noch anders.

JS: Ich glaub, dass ungewöhnliches Verhalten in der Ausbildung von Lehrer:innen eine viel größere Rolle spielt. Da gibt es auch einen Generationenwechsel und junge Lehrer:innen, die ich treffe, sind fit und auch kritisch, auch wenn sich das schwer verallgemeinern lässt. Insgesamt besteht viel Handlungsunsicherheit in Schule, weil es auch ein sehr fordernder Beruf ist. Da kann ich mir vorstellen, dass aus der Überforderung heraus schnell Hilfe jeglicher Art angenommen wird. Auch von der Polizei, die sowieso sehr präsent in Schule ist.

KF: Das erinnert mich sehr an die Sparwelle in den 2000-er Jahren, als die Jugendhilfe sich aus vielen Feldern zurückgezogen hat, die Polizei da reinschoss und blieb. Heute ist es ähnlich, dass das Jugendamt ewig braucht, um zu reagieren, es gibt überall Lücken, es gibt viel weniger Hilfen, das Geld ist knapp. Das war damals ein Rollback im Jugenddelinquenzbereich, aus dem wir eigentlich hätten lernen müssen.

Was ist euer Wunsch für die öffentliche Debatte?

KF: Anfang der 2000-er Jahre hat die Polizei viele Programme aufgelegt, bei denen die Polizei berechtigterweise die Notwendigkeit sah, Prävention zu betreiben. Die müssten meiner Ansicht nach von der Pädagogik ausgehend gestaltet werden. Es geht nicht nur um Normverdeutlichung, son-



Interview

dern um die Vermittlung von Grundwerten, Verständnis, Aufbruchstimmung, abweichendem Verhalten und Motivationslagen. Das fällt aber nicht in den Bereich der Polizei, sondern in den der Jugendhilfe.

JS: In der aktuellen Situation wird aber auch Prävention bei der Polizei massiv abgebaut. Wir finden für unsere Rechtskundemodule häufig keine Termine mit Präventionsbeauftragten der Polizei. Das Plädoyer wäre die bisherige Ausstattung der Polizei beizubehalten und die Jugendhilfe aufzustocken. Dass das nicht passiert, hat auch was mit der, wie Konstanze es vorher genannt hat, Verstärkung der Gesellschaft zu tun.

KF: Insgesamt würde ich sagen, es braucht nicht einfach nur mehr Prävention, sondern die Aufgaben der Institutionen müssen in dem Kompetenzfeld wie bei einem Puzzle passend zusammengesetzt werden, um ein Gesamtbild zu erschaffen. Damit auch Jugendliche bewusste Entscheidungen treffen können, indem sie fit darin sind zu wissen, welche Institution welche Aufgabe hat. Und um sich dann auch bewusst an einigen Stellen für oder gegen normabweichendes Verhalten entscheiden zu können, ohne dass sie hätte es nicht besser gewusst haben.

Zum Abschluss ein Blick nach vorn: Welche Themen oder Fragestellungen sollten die nächsten 100 Ausgaben aus eurer Sicht unbedingt aufgreifen?

KF: Es würde sich lohnen, auf alte Ergebnisse zurückzugucken. 20 Jahre alte Ergebnisse aus der Rü-AG könnte man herausuchen und schauen, was bereits umgesetzt wurde und was noch offen ist. Ich glaube, wir haben kein Erkenntnisdefizit, sondern ein Verwertungsdefizit. Wir wissen oft, was richtig ist bzw. haben es schon erarbeitet, aber nutzen es nicht.

Vielen Dank für das Interview!

Publikationen und Dokumentationen



BAG JuhIS/DVJJ: Arbeitshilfe zu Auskunftspflichten der Jugendhilfe im Strafverfahren

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendhilfe im Strafverfahren (BAG JuhIS) in der DVJJ veröffentlichte im September 2026 eine Arbeitshilfe zu den Grenzen der Auskunftspflicht der Jugendhilfe im Strafverfahren (JuhIS) gegenüber Gerichten, Staatsanwaltschaften und Polizei. Anlass ist die anhaltende Debatte um ein Zeugnisverweigerungsrecht für die Soziale Arbeit, die zuletzt durch die Verfahren gegen drei Beschäftigte des Fanprojekts des Karlsruher SC neue Aufmerksamkeit erhielt; der Gesetzgeber sah laut einer Antwort auf eine Kleine Anfrage im Bundestag jedoch weiterhin keinen Handlungsbedarf für eine solche Gesetzesänderung.

Die Arbeitshilfe stellt klar, dass Mitarbeitende der JuhIS sich derzeit nicht auf ein allgemeines Zeugnisverweigerungsrecht berufen können. Für die Datenübermittlung gilt grundsätzlich, dass Sozialdaten nur zu dem Zweck weitergegeben werden dürfen, zu dem sie erhoben wurden (§ 69 Abs. 1

Nr. 1 SGB X, § 64 Abs. 1 SGB VIII); ohne entsprechende Befugnis besteht keine Auskunfts- oder Zeugnispflicht. Gegenüber der Polizei besteht weder eine Pflicht noch eine Befugnis zur Datenübermittlung; einfordern lassen sich allenfalls die in § 68 SGB X benannten Stammdaten wie Name, Geburtsdatum oder Anschrift.

Für die Praxis schlägt die Arbeitshilfe vier Leitfragen vor: ob eine Übermittlungsbefugnis vorliegt, zu welchem Zweck die Daten erhoben wurden, ob der Erfolg einer Jugendhilfeleistung gefährdet wäre und ob besonderer Vertrauensschutz besteht. Fachkräften wird empfohlen, sich bei Anfragen Zeit zur Prüfung zu nehmen, eine schriftliche Anfrage mit Rechtsgrundlage einzufordern und sich bei Unsicherheiten sowie vor Zeugenaussagen an das eigene Rechtsamt zu wenden, um eine gegebenenfalls eingeschränkte Aussagegenehmigung einzuholen.

Publikationen und Dokumentationen



DBH-Fachverband: Jahresbericht 2025

Der DBH-Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik e.V. veröffentlichte seinen [Jahresbericht 2025](#).

Zentrales Ereignis war die 25. DBH-Bundestagung im September 2025 zum Thema Strafrechtspflege im Wandel der Zeit, die kurzfristig ins Online-Format wechselte und über 100 Teilnehmende zählte. In einem Vortrag widersprach Präsidentin Prof. Dr. Kirstin Drenkhahn dem medial vermittelten Eindruck steigender Kriminalität: Nur 10 bis 50 Prozent aller Straftaten tauchten überhaupt in der Polizeilichen Kriminalstatistik auf, entscheidend für Unterschiede bei Tatverdächtigen seien vor allem Lebensumstände, Bildung und Einkommen, weniger Herkunft. Eine Trägerbefragung zeigte zudem, dass ein Drittel der Einrichtungen der Freien Straffälligenhilfe Finanzierungslücken habe.

Der Verband nahm zu mehreren Landesjustizvollzugsgesetzen Stellung und übernahm die TOA-Servicebüro-Leitung neu. 2025 fanden 165 Veranstaltungen mit 681 Teilnehmenden statt, der Newsletter erreichte über 1.700 Abonnent:innen bei 106 Einzel- und 37 korporativen Mitgliedern.

Patricia Thoma: „Im Jugendarrest“ (Comic)

Die Autorin und Illustratorin Patricia Thoma veröffentlichte 2025 im Verlag Jacoby & Stuart den Comic [„Im Jugendarrest“](#) (96 Seiten, ab 14 Jahren). Das Buch wurde im September 2025 von der Deutschen Akademie für Kinder- und Jugendliteratur zum Jugendbuch des Monats gekürt und erhielt unter anderem eine Auszeichnung als White Raven 2025 der Internationalen Jugendbibliothek. In dem Comic kommen Jugendliche aus dem Jugendarrest selbst mit eigenen Texten und Zeichnungen zu Wort. Sie berichten über ihre Bindung zur Familie, über Freundschaften, die von Bezahlung abhängen, und über Vorstellungen von Freiheit nach der Entlassung. Thematisiert wird auch der oft schwer zu durchbrechende Zusammenhang aus häuslicher Gewalt, Schulabbruch, Perspektivlosigkeit, Sucht und Straftaten. Dabei soll die Perspektive der Betroffenen auf Opferseite nicht aus dem Blick geraten.

Publikationen und Dokumentationen



ACHTUNG Bücherverlosung!!! In unserer Jubiläumsausgabe dürfen wir gleich **9 verschiedene Titel unterschiedlicher Verlage** verlosen. Unser herzlichster Dank geht an unseren langjährigen Kooperationspartner, den **Nomos Verlag** sowie an **Beltz Juventa, utb, den Waxmann Verlag, C.F. Müller Verlag** und die **DVJJ Schriftenreihe!** Wenn Sie an der Verlosung teilnehmen möchten, schreiben Sie uns bis zum 30.09.2026 eine E-Mail an neju@lvs.stiftung-spi.de mit dem Titel des gewünschten Buches. Die Gewinner:innen werden durch das Los ermittelt und von uns per E-Mail über den Gewinn informiert.

Mit der Teilnahme an der Verlosung willigen Sie in die Erhebung und Verwendung Ihrer E-Mail-Adresse ein. Wir erheben, speichern und verarbeiten diese personenbezogenen Daten zur Durchführung und Abwicklung der Verlosung und um Sie im Falle eines Gewinns zu benachrichtigen. Eine Weitergabe der Daten an Dritte findet nicht statt. Sie können die Einwilligungen jederzeit durch Nachricht an uns widerrufen. Im Zuge der Verlosung erhobene Daten werden anschließend gelöscht.

Folgende Bücher stehen zur Verlosung bereit:

Fritsch, Konstanze; Schilling, Rüdiger (Hrsg.): DVJJ Schriftenreihe: Häuser des Jugendrechts

Beim letzten Mal schon vorgestellt und nun auch im Lostopf:

In diesem Handbuch für die Praxis, erschienen bei der Deutschen Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfe e. V., widmen sich die unterschiedlichen Autor:innen dem schwierigen Feld der interdisziplinären Zusammenarbeit. Dieses Fachbuch soll beteiligten und interessierten Personen aller Berufsgruppen eine systematische fachliche Auseinandersetzung mit den Rahmenbedingungen gelingender Zusammenarbeit sowie eine professionsübergreifende Reflexion ermöglichen. Wann kann ein Haus des Jugendrechts rechtsstaatlich korrekt, erzieherisch wirksam, organisatorisch effizient und interprofessionell tragfähig sein?

Publikationen und Dokumentationen



Drohse, Fobian, Zimmermann (Hrsg.): Fachberatung gegen sexualisierte Gewalt

Die Arbeit gegen sexualisierte Gewalt in Kindheit und Jugend war und ist umkämpft. Es gab Versuche, die Schilderungen Betroffener zu leugnen und die Arbeit der Fachberatungsstellen als unseriös zu verunglimpfen. Dennoch ist der Kampf gegen sexualisierte Gewalt gesellschaftlich nicht mehr wegzudenken. In diesem [Sammelband](#), erschienen beim Nomos Verlag, wird die Frage behandelt, welche Angriffe es gegen Betroffene und die spezialisierte Fachberatung gab, welche Strategien erfolgreich waren und welche Lehren sich ziehen lassen. Es kommen Betroffene, Berater:innen, Wissenschaftler:innen und Anwält:innen zu Wort. Es wird deutlich, dass patriarchale und adultistische Strukturen der Gesellschaft sexualisierte Gewalt hervorbringen und die Arbeit dagegen notwendiger denn je ist.

Gleich zwei Exemplare befinden sich im Lostopf!

Fritsch, Konstanze, DVJJ Sprecher*innenrat der BAG (Hrsg.): Fallkonferenzen im Jugendstrafrecht; Wenn schon, dann richtig!

Seit der Änderung des § 52 SGB VIII und des § 37a JGG sind die „gemeinsamen Konferenzen oder vergleichbaren gemeinsamen Gremien“ ein ausdrücklich vorgesehenes Instrument der Jugendhilfe und des Jugendstrafverfahrens, das gesetzlich nicht nur vage formuliert ist, sondern sich darüber hinaus den Anforderungen und Erwartungen der Interdisziplinarität stellen muss. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, die rechtlichen Grundlagen der (möglichen) beteiligten Berufsgruppen zu kennen und planvoll in der Zusammenarbeit vorzugehen. [Die Beiträge](#) von Vertreter:innen der verschiedenen Berufsgruppen dienen der Klärung dessen, was unter Fallkonferenzen verstanden werden kann, der Unterstützung bei ihrer Durchführung und damit einer fachlich fundierten Umsetzung der neuen Regelungen. Der umfangreiche Anhang mit Arbeitsmaterial für die Praxis bietet den Fachkräften bundesweit eine praxisorientierte Unterstützung in der Arbeit.

Wir haben ein Exemplar im Lostopf!

Publikationen und Dokumentationen



Kläsener; Schone; Tenhaken (Hrsg.): Kinderschutz in Einrichtungen und Diensten der Sozialen Arbeit

Die dritte, vollständig überarbeitete Auflage dieses Lehr- und Praxisbuchs, erschienen im Beltz Juventa Verlag, unterstützt Fachkräfte dabei, Kindeswohlgefährdung fachlich sicher einzuschätzen und handlungsfähig zu bleiben. Ausgehend von § 8a SGB VIII, KKG, BKiSchG und KJSG vermittelt der Band einen fundierten Einstieg in zentrale Fragen des Kinderschutzes und bündelt gleichzeitig den aktuellen Stand der fachlichen und rechtlichen Diskussion. Der breite Blick auf Jugendhilfe, Eingliederungshilfe und weitere beteiligte Professionen fördert eine gemeinsame fachliche Sprache und erleichtert die interdisziplinäre Zusammenarbeit. Praxisnahe Beiträge zu Gefährdungseinschätzung, Gesprächsführung, Schutzplanung und organisationalen Schutzkonzepten helfen, Unsicherheiten zu reduzieren und den Schutz von Kindern und Jugendlichen verlässlich umzusetzen.

Wir haben ein Exemplar im Lostopf!

Wendt, Peter-Ulrich: Methoden der Sozialen Arbeit

Was sind die Grundlagen methodisch abgestützten Handelns, das professionelle Soziale Arbeit auszeichnen soll? Die in 4. Auflage überarbeitete Einführung vermittelt als Lehr- und Arbeitsbuch, erschienen im Beltz Juventa Verlag, einen Überblick über die zur Anwendung kommenden methodischen Arrangements, wobei eine subjektorientierte Haltung die Grundlage jedes Handelns sein muss, das den Anlässen gerecht wird, mit denen Soziale Arbeit zu tun hat.

Als Lehrbuch führt der Basistext in die zentralen Begriffe und Konzepte methodischen Handelns ein, als Arbeitsbuch enthält der Band ergänzende Materialien, Hinweise zu weiterführender Literatur und Aufgaben, die zur Vertiefung in Eigenarbeit bzw. selbstorganisierter Gruppenarbeit dienen.

Wir haben ein Exemplar im Lostopf!

Publikationen und Dokumentationen



Rimmele; Spatscheck: Beziehungen in der Sozialen Arbeit lebendig gestalten

Gelingende Beziehungen sind das Fundament Sozialer Arbeit – und zugleich Schlüssel zur Selbstfürsorge. Das vorliegende *Fachbuch*, erschienen im utb Verlag, zeigt mit Fallbeispielen, Übungen, Methoden und theoretischen Rahmungen, wie Sozialarbeiter:innen Beziehungskompetenz entwickeln und Selbstwirksamkeit und Resilienz im Alltag stärken können. Die Autor:innen denken die fachliche Beziehungsarbeit konsequent mit der Selbstfürsorge der Fachkräfte zusammen. Eine regelmäßige Klärung von fachlicher Rolle und Verantwortlichkeiten tragen wesentlich dazu bei, herausfordernde Beziehungssituationen zu bewältigen und dabei eine gute innere und äußere Balance zu halten. Die Stärkung von Selbstwirksamkeit und Selbstbestimmung sind dabei handlungsleitende Bezugspunkte. Das Buch vermittelt grundlegende fachliche Hintergründe, bleibt jedoch nicht stehen. Als Studien- und Praxisbuch ist es theoriegeleitet und zugleich praxisnah und handlungsorientiert. Es veranschaulicht Schlüsselsituationen und beschreibt wesentliche Prozesse

der Beziehungsgestaltung. Durch den hohen Anteil an Praxisbezügen wird der Transfer in den Arbeitsalltag besonders gefördert. Fallbeispiele veranschaulichen die Wirksamkeit fachlicher Interventionen; Übungen setzen Impulse zur Selbstreflexion. Verfügbar in drei Ausgabearten: Print, E-Book (PDF), Web-Book (Buch als Website). *Wir haben ein Print-Exemplar im Lostopf!*

Lohrmann, Leon: Häuser des Jugendrechts

Häuser des Jugendrechts haben sich in den letzten zwei Jahrzehnten als fester Bestandteil der jugendstrafrechtlichen Praxis etabliert. Angefangen als Modellprojekt im Jahr 1999 in Stuttgart Bad Cannstatt, hat die Idee der räumlichen Zusammenlegung von Jugendhilfe im Strafverfahren, Polizei und Jugendstaatsanwaltschaft in den meisten Bundesländern großen Anklang gefunden. Bis heute ist ihr Ausbau eine beliebte Maßnahme der Kriminalpolitik.

Gestützt auf eine Dokumentenanalyse und durchgeführte Expert:inneninterviews war Ziel dieser *Arbeit*, die im Waxmann Verlag erschienen ist, zu erklären, wie diese Idee in Deutschland entstanden ist und bislang umgesetzt wurde, sowie die mittlerweile in

Publikationen und Dokumentationen



der Praxis existierenden Ansätze aus kriminologischer Perspektive kritisch zu hinterfragen. Schwerpunkt war dabei die rechtliche Überprüfung der gemeinsamen räumlichen Unterbringung, insbesondere mit Blick auf die einzelfallbezogenen Konferenzen. Ein weiterer Schwerpunkt lag auf einem Vergleich zwischen den virtuellen Häusern des Jugendrechts und den realen Einrichtungen.

Es befindet sich ein Exemplar im Lostopf!

Schroth/Schroth: Die Rechte des Verletzten im Strafprozess

Die Neuaufgabe des bewährten Handbuchs Schroth/Schroth, erschienen im C.F. Müller Verlag, bietet eine anschauliche und praxisnahe Darstellung der Rechte von durch Straftaten verletzten Personen sowie der Arbeit von Verletztenanwältinnen/Verletztenanwälten. Behandelt werden unter anderem: Die Entwicklung und Systematik der „Opferschutzrechte“, die Rolle und Aufgaben der Rechtsvertretung für Verletzte, die Rechte von Verletzten im Strafverfahren, auch im Rahmen ihrer Zeugenstellung. Neben den allgemeinen Verletztenrechten werden u.a. der Täter-Opfer-Ausgleich, das Klageerzwingungsverfahren, die Nebenklage, das Adhäsions-

verfahren, die Privatklage sowie Entschädigungsansprüche und weitere Ansprüche des Verletzten außerhalb des Strafprozesses umfassend erläutert. Dabei werden zahlreiche gesetzliche Neuregelungen berücksichtigt.

Wir haben ein Exemplar im Lostopf!

Schwind/Schwind: Kriminologie und Kriminalpolitik. Eine praxisorientierte Einführung mit Beispielen

Diese Einführung in die Kriminologie, erschienen im C.F. Müller Verlag, ist betont praxisorientiert. Der Verfasser bringt seine wissenschaftlichen und kriminalpolitischen Erfahrungen ein. Anhand von zahlreichen Beispielen aus Forschung und Praxis und in einer verständlichen Sprache wendet sich dieses Buch nicht nur an Jura-Studierende und Polizeibeamte, sondern an alle, die sich beruflich mit kriminologischen Fragestellungen auseinandersetzen müssen. Für die Neuaufgabe wurden insbesondere die Kapitel „Migration“ und „Familie“ aus gegebenem Anlass wiederum erweitert. Viele neue Grafiken und aktuelle Zeitungsausschnitte lockern das Erscheinungsbild in der bewährten Form auf. Sämtliche Tabellen und Übersichten wurden auf den neuesten Stand der Kriminalstatistik gebracht.

Wir haben ein Exemplar im Lostopf!

Umgehört



Scheiße gebaut?! Der Jugendrecht Podcast

Diese Folge geht näher, als man es von einem Gespräch über Jugendstrafrecht erwarten würde: In „Die Liebeserklärung“ (Folge 67) berichtet Jugendrichterin Maria von Fällen zwischen Schuldeinsicht und Verantwortungsübernahme und spricht dabei mit Matthias über Jugendliche mit sehr schweren Startbedingungen. Außerdem geht es darum, wer diese jungen Menschen unbezahlt begleiten kann.

ARD Sounds: Radioreport Recht

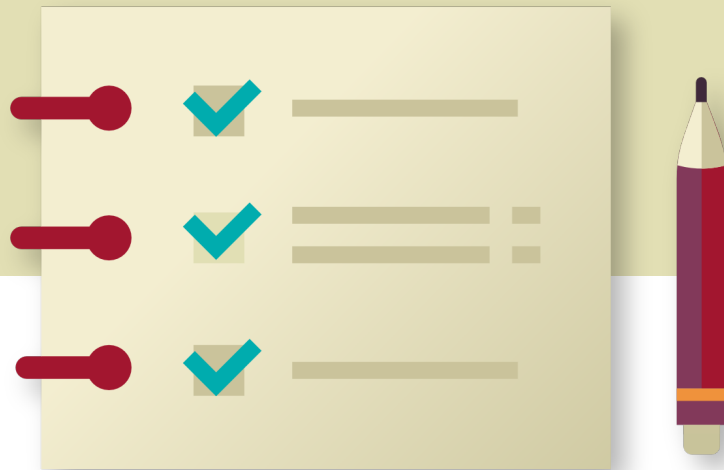
Der ARD-Radioreport Recht ist die Hörfunksendung im deutschen Radio speziell zum Thema „Recht“. Themen sind unter anderem wichtige Urteile der hohen Gerichte in Karlsruhe – und was sie konkret für den Alltag der Hörer:innen bedeuten. Die Folge behandelt das Thema „Das härteste Polizeigesetz seit 1945“ am Bundesverfassungsgericht. 2018 reformierte Bayern sein Polizeigesetz, was in München zu Protesten mit 30.000 Teilnehmer:innen führte. Kritiker:innen bemängelten schwere Grundrechtseingriffe wie den Einsatz von Handgranaten, DNA-Untersuchungen und Präventivgewahrsam. Der Streitpunkt sei die Eingriffsschwelle „drohende Gefahr“, die zu niedrig sei und damit als

verfassungswidrig gelte. Aktivist:innen und Oppositionsfractionen (Grüne, FDP, Linke) hätten Verfassungsbeschwerde eingelegt. Das Bundesverfassungsgericht prüfe das als „härtestes Polizeigesetz seit 1945“ bezeichnete Gesetz. Dieser Radioreport gibt einen vertieften Einblick ins Thema und hat die Gerichtsverhandlung dazu begleitet.

Systemsprenger- Der Podcast

Die Gewalttat in Stade – der Mord an sechs Menschen aus der sozialen Arbeit – wirft dringende Fragen zum Risiko von Gewalt gegen Menschen in sozialen Berufen auf. In dieser Spezialfolge des Systemsprenger-Podcasts analysiert das Team rund um Prof. Menno Baumann der Fliebler Fachhochschule Düsseldorf die Systematik von Schutzkonzepten. Das Gespräch bewegt sich im Spannungsfeld zwischen dem Sicherheits-Bedürfnis in sozialen Berufen und der Herausforderung, selbst in schwierigsten Ausgangslagen vertrauensvolle Beziehungen aufzubauen. Für alle, die selbst in der sozialen Arbeit tätig sind, werden konkrete, praxisnahe Impulse für das Thema Schutz herausgearbeitet. In dieser Folge werden die Themen Tod und Gewalt direkt thematisiert. Jede:r Hörer:in ist aufgefordert, auf die eigenen Grenzen zu achten.

Veranstaltungen und Termine



HateAid: Aktionstag "Online nicht allein: Vernetzt gegen digitale Gewalt und Desinformation"

HateAid veranstaltet den Aktionstag für Kommunalpolitiker:innen, zivilgesellschaftliche Initiativen und Ehrenamtliche, die online zunehmend Ziel von Hass und Hetze werden. Laut der HateAid-Studie „Lauter Hass, leiser Rückzug“ äußere mehr als die Hälfte der Befragten ihre politische Meinung online seltener. Nach der MOTRA-Umfrage hätten zudem 81 Prozent der Betroffenen von psychischen oder physischen Belastungen durch Anfeindungen berichtet. Der Aktionstag soll kommunal Engagierte im Umgang mit digitaler Gewalt stärken, präventive Strategien und Handlungsoptionen vermitteln, lokale Unterstützungsangebote sichtbar machen sowie Raum für Vernetzung bieten. Eine begleitende Filmveranstaltung ergänzt das Programm um internationale Perspektiven.

Datum: 12. November 2026, 09:00–18:00 Uhr

Veranstaltungsort: Werkhof, Schaufelder Str. 11, 30167 Hannover

Anmeldeschluss: 05. November 2026, 18:00 Uhr

Kosten: kostenfrei

Weitere Informationen und [Anmeldung](#)

BAG-S: Bundestagung „200 Jahre Straffälligenhilfe: Engagement für Wiedereingliederung und neue Perspektiven“

Die Bundesarbeitsgemeinschaft für Straffälligenhilfe (BAG-S) veranstaltet ihre Bundestagung anlässlich des 200-jährigen Jubiläums der Straffälligenhilfe in Deutschland: Vor 200 Jahren gründete Pfarrer Theodor Fliedner in Düsseldorf mit der Rheinisch-Westfälischen Gefängnisgesellschaft die erste zivilgesellschaftliche Organisation zur Wiedereingliederung Haftentlassener. Die Tagung nimmt dieses Jubiläum zum Anlass, aktuelle Herausforderungen und Zukunftsperspektiven der

Veranstaltungen und Termine



Straffälligenhilfe zu diskutieren, unter anderem zur Vernetzung über Ländergrenzen hinweg und zu den Bedingungen professioneller Arbeit. Neben Plenarvorträgen, etwa zu Rückblick und Ausblick 50 Jahre nach dem Strafvollzugsgesetz sowie zu Resozialisierung unter gesellschaftlichem Druck, bieten praxisnahe Workshops Raum für fachlichen Austausch, unter anderem zu Haft für Frauen, U-Haft, Übergangsmanagement und Suchtversorgung im Vollzug. Ein gemeinsamer Besuch des Erfurter Weihnachtsmarktes ergänzt das Programm.

Datum: 23. - 24. November 2026

Veranstaltungsort: Victor's Residenz Hotel, Häßlerstraße 17, 99096 Erfurt

Anmeldeschluss: 08. November 2026

Kosten: 200 € regulär | 100 € ermäßigt für Studierende (mit Nachweis) | kostenfrei bei Grund Sicherung, Inhaftierung oder Wohnungslosigkeit

[Weitere Informationen und Anmeldung](#)

LIFE Bildung Umwelt Chancengleichheit e.V.: Fortbildung „Rassistischer Diskriminierung in Schule wirksam entgegenwirken“

Die bundesweite, kostenfreie Fortbildung vermittelt Personen mit Beratungsfunktion im Schulkontext Wissen und Handlungskompetenzen, um rassistische Diskriminierungsfälle frühzeitig zu erkennen, professionell einzuordnen und sicher darauf zu reagieren. Vermittelt wird das Wissen von Mitarbeitenden des Partnerprojekts Anlaufstelle für Diskriminierungsschutz an Schulen (ADAS) aus ihrer Beratungspraxis, ergänzt um Fallbeispiele und Kleingruppenarbeit. Die Fortbildung gliedert sich in drei Module: ein Basismodul zu Wirkmechanismen und Meldehürden, ein Praxismodul zu rechtlichen Grundlagen und Interventionsmöglichkeiten sowie ein Vertiefungsmodul zur diskriminierungskritischen Schulentwicklung. Zielgruppe sind sowohl Mitarbeitende aus Community-basierten Beratungsstellen und Selbstorganisationen rassismusbetroffener Gruppen als auch Schulpersonal mit Beratungsfunktion, etwa Schulsozialarbeiter:innen oder Beratungslehrkräfte. Für das Zertifikat ist die Teilnahme an allen drei Tagen verpflichtend.

Datum: 04. bis 06. November 2026, jeweils 10:00–18:00 Uhr

Veranstaltungsort: LIFE Bildung Umwelt Chancengleichheit e.V., Rheinstr. 45, Aufgang C, 3. Etage, 12161 Berlin

Anmeldeschluss: 18. September 2026

Kosten: kostenfrei

[Weitere Informationen und Anmeldung](#)

Veranstaltungen und Termine



Beltz Akademie: Traumapädagogik: Professionelle Beziehungsgestaltung mit biografisch belasteten Kindern und Jugendlichen

Das Online-Seminar der Beltz Akademie stellt die Traumapädagogik anhand von sechs Grundhaltungselementen vor: Anerkennung des Guten Grundes, Wertschätzung, entwicklungsangemessene Partizipation, Transparenz, Anerkennung der Expert:innenschaft Betroffener sowie Spaß und Freude als entlastendes Moment. Referieren werden Tanja Kessler (Traumapädagogin, DeGPT/FVTP) und Heiner van Mil (Co-Vorsitzender des Fachverbands Traumapädagogik). Die Teilnehmenden würden laut Ankündigung grundlegendes Wissen zu den Standards des Fachverbands Traumapädagogik erhalten, einen verstehenden Blick auf herausforderndes Verhalten entwickeln, methodische Ansätze zur Unterstützung traumabetroffener Menschen kennenlernen sowie Impulse zur Selbstreflexion und Selbstfürsorge bekommen. Die Veranstaltung richtet sich an Sozialarbeiter:innen, (Sozial-)Pädagog:innen sowie verwandte Berufsgruppen wie Erzieher:innen und Sozialassistent:innen.

Datum: 13. Oktober 2026, 09:00–12:00 Uhr

Veranstaltungsort: Online

Kosten: 99 € (Frühbucherpreis) | 119 € (Normalpreis)

[Weitere Informationen und Anmeldung](#)

Beltz Akademie: Sicher handeln im Umgang mit Social Media, KI & Co. in der Kinder- und Jugendhilfe

Das Online-Kompaktseminar gibt einen Überblick über aktuelle medienbezogene Herausforderungen in der Kinder- und Jugendhilfe, mit Fokus auf Social Media, KI und digitale Spiele. Referent ist Dr. Daniel Hajok, Kommunikations- und Medienwissenschaftler mit langjähriger Expertise im Kinder- und Jugendmedienschutz. Ausgehend von den digitalen Rechten junger Menschen auf Schutz, Sicherheit, Zugang und Teilhabe werden praxisnahe Ansätze zur Begleitung des Medienumgangs sowie Leitlinien für Einrichtungen vorgestellt; Teilnehmende können zudem eigene Fallbeispiele einbringen, die im Seminar besprochen werden. Die Teilnehmenden würden laut Ankündigung Handlungssicherheit im Umgang mit dem Medienverhalten von Klient:innen gewinnen, etwa durch aktuelle medienpädagogische Konzepte, eine Subjekt- und Lebensweltorientierung in der Beziehungsarbeit sowie Ansätze zu Mediennutzungsvereinbarungen und Peer-to-Peer-Strategien. Die Veranstaltung richtet sich an Sozialarbeiter:innen, (Sozial-)Pädagog:innen und Fachkräfte der Hilfen zur Erziehung.

Datum: 09. November 2026, 10:00–12:00 Uhr

Veranstaltungsort: Online

Anmeldeschluss: 59 € (Frühbucherpreis) | 89 € (Normalpreis)

[Weitere Informationen und Anmeldung](#)

Redaktionsschluss



Die nächste Ausgabe der UMSICHTEN erscheint im Dezember 2026. Redaktionsschluss ist der 01.12.2026. Bitte reichen Sie Ihre Beiträge bis zu diesem Termin ein.

Stiftung SPI

Geschäftsbereich Lebenslagen, Vielfalt & Stadtentwicklung
Netzwerkstelle Jugenddelinquenz
Samariterstraße 19-20
10247 Berlin

Telefon: 030 33 77 40 17

E-Mail: neju@lvs.stiftung-spi.de

<https://netzwerkstelle-jugenddelinquenz.berlin>

Netzwerkstelle 
Jugenddelinquenz

Die Netzwerkstelle Jugenddelinquenz ist ein Projekt der Stiftung SPI und wird gefördert von der Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie.